

Wohnungsbau und Lücke-Plan

Eine halbe Million Wohnungen jährlich - die Zwangswirtschaft soll fallen

Die Bundesregierung hat dem Parlament den Gesetzentwurf über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht, den „Lücke-Plan“ vorgelegt. Die CDU/CSU-Fraktion hat diesem Entwurf zugestimmt. Die Vertretung der Union im Bundestag und die Regierung geben damit zu erkennen, daß sie 15 Jahre nach Kriegsende und nach zehn Jahren beispielloser Erfolge im Wohnungsbau den Zeitpunkt für gekommen halten, die Beseitigung der Zwangswirtschaft und eine gerechte Ordnung im Wohnungswesen in Angriff zu nehmen.

Ausgangspunkt der Wohnungsbaupolitik ist für die Bundesregierung seit dem ersten Tage ihres Bestehens der ungeheure Mangel an Wohnungen, verursacht durch die Kriegszerstörungen, durch das Einströmen von Millionen von Flüchtlingen, die eine neue Heimat suchten, und durch die jahrelange Vernachlässigung der vorhandenen Wohnungen. Grundlage für alle zukünftigen Maßnahmen ist die Notwendigkeit, die bisher erzielten außerordentlichen Leistungen im Wohnungsbau aufrechtzuerhalten.

Die Bundesrepublik nimmt auf diesem Gebiet seit Jahren eine unbestrittene Spitzenstellung ein. Seit 1949 sind rund 5 Millionen neue Wohnungen gebaut worden; seit 1953 entsteht in jeder Minute Tag und Nacht eine neue Wohnung. Insgesamt 90 Milliarden DM, davon 30 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln, wurden seit Gründung der Bundesrepublik für den Wohnungsbau aufgewendet.

Die Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren zeigt, daß die Gesetzgebung und die Förderungsmaßnahmen Hand in Hand mit den Fortschritten im Wohnungsbau weiterentwickelt wurde. Nach den Grundsätzen der CDU/CSU, die Eigentumsbildung zu fördern, wurde dabei ein besonderes Schwergewicht auf die Schaffung von Familienheimen gelegt.

1949: 219 000 Wohnungen wurden fertiggestellt (in der Vielzahl Wiederherstellung), davon rund 4000 in West-Berlin.

Durch gesetzliche Änderung der Steuervorschriften wird ein Anreiz für die private Bautätigkeit gegeben und die

Fremdfinanzierung erleichtert (7b und 7c Gelder)

1950: 365 000 Wohnungen werden fertiggestellt (davon in Berlin 5300). 3,8 Milliarden DM fließen in den Wohnungsbau, fast die Hälfte davon aus öffentlichen Mitteln.

Das erste Wohnungsbaugesetz sieht den Bau von 1,8 Millionen Wohnungen im sozialen Wohnungsbau innerhalb von sechs Jahren vor und rückt die Wohnraumbeschaffung für Vertriebene und Kriegsbeschädigte in den Vordergrund. Grundsteuervergünstigungen für den Wohnungsbau. Durch Steuervergünstigung wird der Bau von Landarbeiterwohnungen gefördert. Das Bundesversorgungsgesetz schafft die Voraussetzung für Kriegsbeschädigte, ihre Rente zu kapitalisieren und für den Wohnungsbau zu verwenden.

1951: 416 000 Wohnungen werden fertiggestellt (davon in Berlin rund 6000).

Die Gesetzgebung schafft die Voraussetzung für die Eigentumswohnungen und für die Kohlenabgabe zum Bau von Bergarbeiterwohnungen. Das Mietrecht der Altbauwohnungen wird geregelt, die gewerblichen Räume aus der Bewirtschaftung freigegeben.

1952: 451 000 Wohnungen fertiggestellt (davon in Berlin rund 8000). 84 000 der neuen Wohnungen befinden sich in Einfamilienhäusern. Die Wohnungen werden größer.

Das Wohnungsbauprämiengesetz fördert die Bildung von Eigenkapital für den Wohnungsbau. Die Mieten für Geschäftsräume werden aus der Preisbindung herausgenommen, eine Erhöhung

der Altbaukosten um 10 v. H. zugelassen. Der Preisstopp für bebaute Grundstücke und Trümmergrundstücke fällt fort.

1953: Zum ersten Mal mehr als eine halbe Million Wohnungen. 533 000 Wohnungen fertiggestellt (davon in West-Berlin 15 000). 151 000 Wohnungen in Einfamilienhäusern. In den Wohnungsbau fließen insgesamt 7,8 Milliarden DM, davon 2,7 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln.

Durch die Gesetzgebung werden die steuerlichen Vergünstigungen für den Wohnungsbau, insbesondere für Eigentumsmaßnahmen erheblich verbessert. Die Wohnbaubewirtschaftung wird gelockert. Der Wohnungsbau für Umsiedler, Sowjetzonenflüchtlinge und Evakuierte wird als vordringlich herausgestellt. Das Baulandbeschaffungsgesetz gibt unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, Bauland für den sozialen Wohnungsbau zu enteignen.

1954: 561 000 Wohnungen fertiggestellt (davon in Berlin 18 400). 207 000 der neuen Wohnungen befinden sich in Einfamilienhäusern. Die Durchschnittsfläche je Wohnung erhöht sich auf 58 Quadratmeter. Fast die Hälfte der neuen Wohnungen hat vier und mehr Räume.

Für die Wohnraumversorgung ehemaliger Kriegsgefangener werden zusätzliche Mittel bereitgestellt. Die Förderung von Eigentumsmaßnahmen wird weiterhin verstärkt.

1955: 563 000 Wohnungen fertiggestellt (davon in West-Berlin 21 000); 216 000 Wohnungen in Einfamilienhäusern. Die Wohnungen werden größer: die Durchschnittsfläche erhöht sich auf 60,5 Quadratmeter; 54 v. H. aller neuen Wohnungen haben vier und mehr Räume. Insgesamt 10,1 Milliarden DM, davon 2,8 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln fließen in den Wohnungsbau.

Das erste Bundesmietengesetz verbessert die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes durch die Zulassung einer Erhöhung der preisgebundenen Mieten. (Altbauten)

Fortsetzung Seite 2

Wohnungsbau und Lücke-Plan

Fortsetzung von Seite 1

1956: 580 000 Wohnungen (davon 21 000 in West-Berlin) werden fertiggestellt, fast dreimal so viel wie im Jahre 1929. 229 000 Neubauwohnungen gehören zu Einfamilienhäusern. 10,9 Milliarden DM werden für den Wohnungsbau aufgewendet, davon 3,2 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln.

Das Wohnungsbau- und Familienheimgesetz schafft die Grundlage für den Bau von weiteren 1,8 Millionen Sozialwohnungen und räumt den Familienheimen einen Vorrang ein. Das Einkommensteuergesetz grenzt die steuerlichen Vergünstigungen für den Wohnungsbau neu ab und erweitert vorübergehend die steuerlich begünstigten Sparmöglichkeiten.

1957: 507 000 Wohnungen fertiggestellt (davon 21 000 in West-Berlin); 226 000 in Einfamilienhäusern. Für den Wohnungsbau werden insgesamt 11,5 Milliarden DM aufgewendet, davon 3,2 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln.

Die Gesetzgebung regelt die preisrechtlich zulässige Miete für den öffentlich geförderten und steuerlich begünstigten Wohnungsbau und schafft die Voraussetzung für die vorzeitige Rückzahlung öffentlicher Baudarlehen.

1958: 507 000 Wohnungen wurden neu gebaut (davon 21 000 in West-Berlin). Die Durchschnittsfläche der Wohnung erhöht sich auf 65,4 Quadratmeter; fast Zweidrittel (64,4 v. H.) der neuen Wohnungen haben vier und mehr Räume.

In der Altbaumietenverordnung wird das Mietpreisrecht für den Altbauwohnraum zusammengefaßt. Die Aktion „besser und schöner wohnen“ stellt zusätzlich 20 Millionen DM für Eigentumsmaßnahmen bereit.

1959: Rund 580 000 Wohnungen werden voraussichtlich in diesem Jahr in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin und Saarland neu gebaut.

Durch die beispiellose Leistung im Wohnungsbau ist es möglich, im Jahre 1959 das Ende der Wohnungsnot abzusehen. Zwar fehlen immer noch 1,25 Millionen Wohnungen, jedoch steht fest, daß die Anstrengungen im Wohnungsbau nicht nachlassen werden und das Ziel, jährlich mindestens 500 000 Wohnungen zu bauen, auch in den kommenden Jahren erreicht werden kann.

Bauland und Zwangswirtschaft

Zwei Probleme stehen heute im Vordergrund:

● Schaffung und Bereitstellung von Bauland, insbesondere für den Familienheimbau. Dieses ernste Problem, der Mangel an Bauland soll durch das Bundesbaugesetz behoben werden.

● Die Aufhebung der 44jährigen Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, von der vor allem der Althausbesitz betroffen ist, und die Überführung des Wohnungswesens in die soziale Marktwirtschaft unter Einhaltung aller Sicherungen, die ein sozialer Rechtsstaat sich und seinen Bürgern schuldig ist.

Die Zwangswirtschaft, der der Wohnungsbau seit der ersten staatlichen Re-

gelung der Mietpreise im Jahre 1914 nunmehr bereits 45 Jahre unterliegt, hat unter den heutigen Verhältnissen zu einer Verzerrung des Wohnungsmarktes geführt. Wohnungsbauminister Paul Lücke hat als Beispiel dafür bei der ersten Lesung des „Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht“ vor dem Bundestag angeführt, daß 700 000 Einpersonenhaushalte Altwohnungen in Anspruch nehmen, die erheblich zu groß sind, und daß in einer Großstadt des Ruhrgebiets (Essen) eine Familie für eine gleichartige Wohnung in einem Altbau 60 Pf je Quadratmeter zahlt, für eine nach den Vorschriften des ersten Wohnungsbaugesetzes errichtete Wohnung 1,10 DM, für eine nach dem zweiten Wohnungsbaugesetz gebaute Wohnung 1,65 DM je Quadratmeter, während im steuerbegünstigten Wohnungsbau 2,20 DM je Quadratmeter als Miete aufzubringen sind.

Durch die Zwangswirtschaft sind die Altbauwohnungen, was ihre Instandsetzung und Anpassung an die Ansprüche an modernes Wohnen betrifft, zurückgeblieben; während 90 v. H. der im Jahre 1958 fertiggestellten Wohnungen ein Bad und 13 v. H. eine Zentralheizung haben, sind 80 v. H. der Altbauwohnungen ohne Bad.

Abbau in Stufen

Um das Wohnungswesen in normale Verhältnisse zu überführen, hat die Bundesregierung das unter dem Namen „Lücke-Plan“ bekanntgewordene Gesetzeswerk vorgelegt. Der Lücke-Plan geht von drei Grundvoraussetzungen aus:

1. In dem Maße, in dem der Wohnungsmangel beseitigt wird, kann die Wohnungszwangswirtschaft schrittweise fallen.
2. Soziale Härten und Spannungen sollen während der Übergangszeit durch ein modernisiertes Mieterschutzgesetz und die Neugestaltung des Räumungs- und Vollstreckungsschutzes vermieden werden.
3. Ein soziales Mietrecht soll jeder Familie ausreichenden Wohnraum wirtschaftlich und rechtlich sichern.

Von diesem Gesetz werden vor allem die 5 Millionen Altbauwohnungen in der Bundesrepublik betroffen. Das Gesetz sieht vor, daß stufenweise die Wohnraumbewirtschaftung in den Kreisen der Bundesrepublik wegfallen soll, in denen nach der Wohnraumerhebung und den Unterlagen des Statistischen Bundesamtes der Fehlbestand 3 v. H. und weniger beträgt. Schon heute gilt dies für rund ein Zehntel der Stadt- und Landkreise in der Bundesrepublik. Die Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung für die Altbauwohnungen soll in drei Gruppen erfolgen. Zunächst soll die Gruppe der größeren und teureren Wohnungen, der Ein- und Zweifamilienhäuser und der Werks- und Dienstwohnungen aus der Bewirtschaftung herausgenommen werden. Danach soll die zweite Gruppe der mittleren und in der letzten Stufe die Gruppe der kleinen und billigen Wohnungen von der Wohnraumbewirtschaftung freigestellt werden.

Ebenfalls stufenweise soll die Anhebung der Altbaukosten erfolgen. Es ist vorgesehen, zunächst eine allgemeine Mieterhöhung um 15 v. H. vorzunehmen; für die Wohnungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaues, so weit sie nicht unter das zweite Wohnungsbaugesetz fallen, soll eine pauschale Mieterhöhung von monatlich 0,10 DM je Quadratmeter Wohnfläche erfolgen. Die zulässige Mieterhöhung wird zeitlich ebenfalls nach der Qualität der Wohnungen gestaffelt, d. h. sie wird für die 1,2 Millionen großen Altbauwohnungen (vorberechnete Mieterhöhung durchschnittlich 24 DM je Monat) in der ersten Stufe vorgenommen, in der zweiten Stufe für die 1,5 Millionen mittleren Wohnungen (durchschnittliche Mieterhöhung: 12,50 DM im Monat) und in der dritten Stufe für die 2,25 Millionen kleinen Altbauwohnungen (geschätzte durchschnittliche Mieterhöhung: 8,25 DM monatlich).

Miet- und Lastenbeihilfen

Um Härten bei der Überführung des Wohnungswesens zu vermeiden, sind Miet- und Lastenbeihilfen vorgesehen. Auf sie hat ein Mieter oder Eigenheimbesitzer Anspruch, wenn er unverschuldet in eine Notlage gerät, die es ihm unmöglich macht, die Mieten oder Lasten für den benötigten Wohnraum voll aufzubringen.

Das Gesetz geht davon aus, daß man jeder Familie zumuten kann, einen Teil ihres Jahreseinkommens für die Wohnung aufzubringen. Für einen Alleinstehenden wird dieser Anteil mit 20 v. H. angesetzt, für eine zweiköpfige Familie mit 18 v. H., für große Familien mit acht oder mehr Familienangehörigen mit 8 v. H. Die Kosten für Mieten und Lasten, die über diesen Anteil hinausgehen, sollen durch die neuen Beihilfen gedeckt werden.

Neuer Mieterschutz

Das Gesetz sieht schließlich vor, das bisherige starre Recht des Mieterschutzes durch ein elastisches System abzulösen, das den Mieter so schützt, wie es die Grundsätze des sozialen Rechtsstaats erfordern, andererseits es dem Vermieter aber gestattet, über sein Eigentum im Rahmen des sozial Vertretbaren rechtlich und wirtschaftlich zu verfügen. Es sieht daher vor, daß der Vermieter das Recht zurückerhält, das Mietverhältnis zu kündigen, dem Mieter jedoch ein Widerspruchsrecht eingeräumt ist, wenn die Kündigung für ihn und seine Familie eine unbillige Härte darstellt. Das Mietverhältnis bleibt bestehen, wenn der Widerspruch des Mieters begründet ist. Für die Übergangszeit bis zur Normalisierung des Wohnungsmarktes soll dieser Widerspruch des Mieters schon dadurch gerechtfertigt sein, daß er z. B. innerhalb einer bestimmten Frist keine angemessene Ersatzwohnung zu zumutbaren Bedingungen erhalten kann.

Das Gesetz sieht für die stufenweise Überführung des Wohnungswesens in die soziale Marktwirtschaft einen Zeitraum von drei Jahren vor. An Brennpunkten des Wohnungsmangels kann dieser Zeitraum jedoch um weitere zwei Jahre ausgedehnt werden. Nach Ablauf der stufenweisen Überführung ändert sich die Wohnraumbewirtschaftung ersatzlos. Unbillige und unsoziale Härten werden nach der

Fortsetzung Seite 4

Bögler wurde abgewählt

SPD-Landesvorsitzender der Pfalz verlor Aufsichtsratsvorsitz

Der ehrgeizige SPD-Landesvorsitzende in der Pfalz, Franz Bögler, hat nach seinem vergeblichem Versuch, Generaldirektor zu werden, eine neue Niederlage hinnehmen müssen. Auch diesmal geht es um die Pfalzwerte, das Elektrizitätswerk des Bezirkes, das sich im Besitz der pfälzischen Selbstverwaltung befindet.

Der Pfälzer SPD-Chef hatte im Frühjahr 1959 versucht, seinen Sitz als Aufsichtsratsvorsitzender der Pfalzwerte, den er der SPD-Mehrheit im Bezirkstag verdankt, gegen den eines höher bezahlten Generaldirektors der Werke einzutauschen und sich bemüht, einen entsprechenden Beschluß durchzudrücken. Die Stelle hätte eigens für Franz Bögler geschaffen werden müssen; seit er und je werden die Pfalzwerte von zwei erfahrenen Fachdirektoren geleitet. Böglers Bemühungen scheiterten allerdings an dem heftigen Widerstand der Wirtschaft und der nichtsozialistischen Parteien in der Pfalz. Um weiteren Anstrengungen der Pfälzer SPD-Chefs einen Riegel vorzuschieben, wurde die Satzung der Pfalzwerte dahingehend geändert, daß das Unternehmen nunmehr ein für allemal der Leitung zweier Fachdirektoren mit nachgewiesener fachlicher Ausbildung unterstellt ist.

Die Angelegenheit hatte indessen so viel — für Aufsichtsratsvorsitzenden Bögler unangenehm — Staub aufgewir-

belt, daß der pfälzische Bezirkstag als Hauptaktionär der Pfalzwerte am 9. Oktober gegen die 14 Stimmen der SPD beschloß, den geschäftigen Aufsichtsratsvorsitzenden Bögler abzurufen und die Vertretung des Bezirkstags im Aufsichtsrat zu ändern. Der Vorsitz fiel an einen Kandidaten der FDP, die bisher im Aufsichtsrat nicht vertreten war. Ihm stehen zwei von der CDU und zwei von der SPD nominierte Aufsichtsratsmitglieder zur Seite. Bisher hatte die SPD drei Aufsichtsratssitze besetzt.

SPD-Landesvorsitzender Bögler versucht mit allen Mitteln, diesen Beschluß unwirksam zu machen. Er sträubt sich mit Händen und Füßen, die Entscheidung des Bezirkstages anzuerkennen und hofft auf eine Verzögerung bis zu den Neuwahlen des Bezirkstages im Herbst 1960. Optimistisch, wie er ist, glaubt er daran, daß eine künftige SPD-Mehrheit im Bezirkstag ihm zumindest den Posten als Aufsichtsratsvorsitzender erhalten wird. Freilich wird der Wähler zu solcher Rechnung noch sein Wort sagen.

Niedriger hängen

Pressestimmen zur „Tonbandaffäre“

Der „Parlamentarisch-Politische Pressedienst (PPP)“ der SPD hat in der vergangenen Woche Gesprächsnotizen veröffentlicht, die ein auf Tonband aufgenommenes privates Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär von Eckardt betreffen. Die SPD-Methoden, mit Indiskretionen Politik machen zu wollen, hat ihr nicht den einhelligen Beifall der deutschen Presse zugezogen, wie die beiden als Beispiele angeführten Stimmen zeigen.

„Die SPD scheint sich auf die öffentliche Auswertung von Tonbandaufnahmen spezialisieren zu wollen. Wenn es ihr paßt, um sich zu rechtfertigen, oder dem politischen Gegner am Zeug zu flicken. Wie weit haben wir's doch gebracht! Im Nürnberger Stadtrat immerhin einem Parlament, wird eine auf Tonband aufgenommene, in einem Passus umstrittene, Rede des Oberbürgermeisters in öffentlicher Sitzung zu Gehör gebracht. Wozu haben wir eigentlich Gerichtsurteile, die Tonbandaufnahmen als nicht beweiskräftig erklären? Daß aber nun in Bonn eine offensichtliche technische Panne parteipolitisch häßlich ausgewertet, ein also belauschtes Privatgespräch, mag es auch an und für sich harmlos sein,

listig und eifertig in Druckschrift verteilt wird — nun, der Kanzler könnte über diesen Unfug lächeln; er wird es auch wohl tun. Aber es ist die Methode, die uns hier zu denken gibt. Darum veröffentlichen wir den Vorfall auch in seiner ganzen Ausführlichkeit. Es soll sich jeder seinen Vers daraus machen. Unsere Meinung: Niedriger hängen.“

Nürnberger Zeitung, 10. Dezember

„Wenn das der neue politische Stil der Opposition sein soll, im engsten Kreise geführte private Gespräche, zu deren Kenntnis man auf irgendwelchen krummen Wegen gelangt ist, im politischen Kampf vor der Öffentlichkeit zu verwerfen, dann steht uns ja im allmählich sich anmeldenden Wahlkampf allerhand bevor. Dann muß es allerdings, wie hinzugefügt werden darf, mit den politischen Argumentationen der Opposition nicht weit her sein, wenn sie diesen Griff in die rein private Sphäre als vertretbare, angemessene und wohl auch notwendige Methode in ihrem politischen Kampf ansieht.“

Kieler Nachrichten, 12. Dezember

4,7 Milliarden Zinsen

Rund 4,7 Milliarden DM haben die westdeutschen Sparkassen und Banken von 1950 bis 1958 in Form von Zinsen ausgezahlt.

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

die Kette der Pariser Konferenzen soll kurz vor Weihnachten mit einem Treffen der westlichen Regierungschefs abschließen. Die Vorbereitung der Gipfelkonferenz ist sein Hauptthema. Es kommt darauf an, ein Höchstmaß von Einigkeit in der westlichen Auffassung zu erzielen. Der Verlauf der letzten Konferenz in Genf hat einigen Anschauungsunterricht zum Thema „Internationale Konferenzen“ erteilt. Es ist gewiß ein Handicap für den Westen, daß auf seiner Seite drei Vertreter unabhängiger Mächte dem Alleinherrscher des Ostblocks gegenüber sitzen. Genf bot darüber hinaus ein Musterbeispiel dafür, wie schon die gleichzeitige Anwesenheit ostzonaler Berater und einer Delegation aus der Bundesrepublik genügt, um den Satelliten mit allen Mitteln ins Spiel zu bringen. Moskau und Pankow wollten sozusagen kostenlos das Geschäft staatlicher Anerkennung vorwärtstreiben.

Mit gutem Grund hat daher der Bundeskanzler schon jetzt erklärt, daß er an der Gipfelkonferenz des kommenden Jahres nicht teilnehmen wird, denn gerade die von Moskau erstrebte Anerkennung zweier deutscher Staaten wäre der schlimmste Schlag gegen die deutsche Einheit.

Man sollte meinen, die Frage sei so sonnenklar, daß sich an ihr die Geister scheiden würden in die Deutschen, die die Wiedervereinigung verfechten, und die Ulbricht-Clique, die sie verhindert. Weit gefehlt! Selbst hier bringt es der sozialdemokratische Pressedienst fertig, beim Neinsagen zu beharren, Adenauers aus der Sorge um die Einheit geborener Entschluß liest sich nämlich im Organ der SPD wie folgt: „Dr. Adenauer will auch nicht an der Gipfelkonferenz im nächsten Jahr teilnehmen, um so zu vermeiden, daß er vielleicht an der Seite eines DDR-Mannes zu sitzen kommt. Welch hohle Kraftmeierei!“

Wenn man diese Zeilen liest, muß man geradezu den Eindruck gewinnen, der SPD-Pressedienst betrachte dieses Seite-an-Seite-Sitzen mit einem Strohmann Ulbrichts und mit seinen fatalen Folgen für die deutsche Spaltung als ein erstrebenswertes Rendezvous, und man denkt an den „paritätischen Ausschuß“, durch den der Deutschlandplan der SPD Ulbricht und die Bundesrepublik zu gleichen Teilen ins Spiel bringen will. Wie soll man solche Publizistik nennen? „Sie nimmt keine Rücksicht auf die Lebensinteressen des gespaltenen deutschen Volkes und der besonders gefährdeten Lage, in der es sich befindet!“ Das ist hart und boshaft, aber es ist nicht von uns formuliert. Der Satz entstammt nämlich demselben Aufsatz des SPD-Pressedienstes. Freilich wollten sie es auf Adenauers Politik münzen, als sie eine so treffende Charakteristik des eigenen Verhaltens schrieben.

Ihr Konrad Kraske

Stabilität und Preise

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard vor dem Bundestag

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard hat in der Bundestagsdebatte am 11. Dezember 1959, die durch eine Große Anfrage der SPD veranlaßt wurde, deutlich Stellung genommen gegen die Versuche, die Preisbewegung der jüngsten Zeit agitatorisch auszunutzen oder sie zum Anlaß zu überhöhten Lohnforderungen zu verwenden.

In seiner durch zahlreiche Zwischenrufe der SPD unterbrochenen Rede erklärte der Bundeswirtschaftsminister wörtlich:

„Ich halte es für eine schlechte Sache, wenn hier vom Bundestag zur Straße hinaus geredet wird, aber heute möchte ich das ganz bewußt tun. Ich möchte heute weniger im Bundestag als draußen im deutschen Volk gehört werden; denn zu der Großen Anfrage besteht mindestens zum Zeitpunkt ihrer Beantwortung kein Anlaß mehr.

Wie schon aus den Ausführungen meines Kollegen Schwarz hervorgegangen ist, liegen die Viehpreise, sowohl bei Rind wie bei Schwein, und die Butterpreise unter dem Vorjahresniveau, und daß pflanzliche Ernährungsgüter teurer sind, das weiß man in der ganzen Welt. Anscheinend regt man sich nur in Deutschland darüber auf.

Kein Grund zur Beunruhigung

Mir hat ein Einzelhändler gesagt: Uns kann gar nichts Besseres passieren, als daß man im Bundestag jetzt eine heftige Debatte über die Preise führt; denn dann werden wir ein tolles Weihnachtsgeschäft mit steigenden Preisen bekommen. Gerade das möchte ich verhindert sehen. Beim deutschen Verbraucher herrscht im Augenblick Gott sei Dank eine absolute Ruhe und Disziplin. Die Weihnachtsumsätze liegen, gemessen am

Vorjahr, um 4 bis 5 v.H. höher bei einem ruhigen Verkauf. Das entspricht etwa der Zunahme der Massenkaufkraft. Es besteht also kein Grund zur Beunruhigung. Je mehr wir die Dinge, aus welchen Gründen auch immer, hochspielen, um so mehr wird das ruhige Preisklima und überhaupt die ruhige Sicherheit einer geordneten Versorgung gestört. Das ist der Grund, warum ich mich hier zu Wort gemeldet habe.

Herr Kollege Schwarz hat eben erklärt, daß wir uns seit August über diese Dinge unterhalten. Auch ich habe mich eingemischt aus meiner preispolitischen Verantwortung heraus. Denn schließlich waren es die Maßnahmen der Regierung, die den Butterpreis wieder zurückgeführt haben. Sie werden auch jetzt bei den Fleischpreisen sicher noch bessere Erfolge zeitigen.

Ich habe die Dinge mit meinem Kollegen Schwarz erörtert, und ich kann hier sagen — ich sage es zu seinem Lob; ich sage es vor allen Dingen auch vor dem deutschen Volk —: er hat sich nicht nur als der Landwirtschaftsminister, sondern auch als ein Ernährungsminister erwiesen.

Selbstverständlich mußten wir dafür sorgen, daß neben den Dürreschäden, die die Landwirtschaft zu tragen hatte, nicht noch weitere Schäden durch einen untragbaren Preisverfall hinzukommen. Wenn meine preispolitischen Empfehlungen von der Landwirtschaft so aufgefaßt worden sein sollten, als ob ich damit die Marktordnung angriffe, dann wäre das ein Fehler gewesen.

Maßlosigkeit ist die Gefahr

Aber, es ist ja auch völlig abwegig, nur die Zahlen eines Monats, und zwar des ungünstigen Monats, in den Ernährungspreisen herauszunehmen, nämlich den Oktober. Im Oktober lagen bei einer Steigerung des Lebenshaltungsindex von 3,7 v.H. die Ernährungskosten um 6,6 v.H. höher. Da diese innerhalb des Lebenshaltungsindex rund 50 v.H. ausmachen, bedeutet das, daß von der Oktobersteigerung des Lebenshaltungsindex — immer gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres — von 3,7 v.H. 3,3 v.H. allein auf die Ernährung entfielen, und das wieder bedeutet, daß auf dem gewerblich-industriellen Sektor nur eine Preissteigerung von etwa 0,4 v.H. zu verzeichnen war, wie denn überhaupt von Januar 1958 bis zum Mai 1959, d.h. über 17 Monate, der Lebenshaltungsindex in Deutschland nur um 0,4 v.H. gestiegen ist. Und wenn Sie jetzt nicht einen Monat herausgreifen, sondern die ersten zehn Monate dieses Jahres nehmen und sie mit den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres vergleichen — ich meine die gesamten Lebenshaltungskosten einschließlich der Ernährungsgüter —, dann ergibt

sich eine Steigerung von 1 v.H. sage und schreibe ein Prozent.

Null wäre schöner, aber 1 v.H. ist keine Katastrophe, zumal dann nicht, wenn im gleichen Zeitraum das Masseneinkommen immerhin um 6 v.H. gestiegen ist.

Dann möchte ich ganz deutlich sagen: Wenn es etwa Ihre Absicht gewesen wäre, diese Preisdebatte hier zu inszenieren, um den drohenden überhöhten Anforderungen der Gewerkschaft eine Berechtigung zu geben, dann muß ich dem mit allen Mitteln widersprechen.

Aus den Erhöhungen der Lebenshaltungskosten sind Forderungen, wie sie jetzt z.B. von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste erhoben worden sind, die insgesamt 20 v.H. ausmachen, doch unter gar keinen Umständen nachweisbar.

Die Stabilität unserer Wirtschaft droht im Augenblick nicht mehr aus den Preisen, obwohl wir sicher alles tun werden, um sie im Zaum zu halten, sondern sie droht von der Maßlosigkeit, die unser ganzes Volk mehr und mehr erfaßt hat, verlorenzugehen.

Ich spreche hier alle Schichten unseres Volkes an. Ich spreche die Unternehmer an, die Industrie und den Handel und sage ihnen, sie müssen alles tun, um die Fortschritte der Produktivität, soweit sie nicht in einer Verbesserung der Lebenshaltung unmittelbar in Lohnerhöhungen Ausdruck finden, im Preise weiterzugeben. Es gibt Möglichkeiten, und die müssen genützt werden.

Aber auf der anderen Seite sage ich auch den Arbeitnehmern und der Gewerkschaft, sie müssen mit ihren Forderungen in den Grenzen bleiben, um die Stabilität unserer Wirtschaft und unserer Währung sicherzustellen.“

Kredite für freie Berufe

Angehörige freier Berufe können neuerdings mit Hilfe von öffentlichen Bürgschaften Kredite für die Finanzierung von Investitionen (z.B. Praxisräume, Apparate) und auch zur Errichtung eines Hauses (zugleich Wohnung und Arbeitsstätte) aufnehmen. Die von der Lastenausgleichsbank aus einem besonderen Fonds von 5 Millionen DM verbürgten Kredite können bis 25 000 DM, in Ausnahmefällen bis zu 40 000 DM verbürgt werden.

Wohnungsbau/Lücke-Plan

Fortsetzung von Seite 2

Gesetzesvorlage durch folgende Sicherungen ausgeschaltet:

Die nach Kriegsende mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen (Mitte 1963 wahrscheinlich 3,5 Millionen Mietwohnungen) bleiben weiterhin preisgebunden und sind mit der Kostenmiete gekoppelt. Sie werden beim Ansteigen der Mieten preisregulierend auf den Wohnungsmarkt wirken.

Die Miet- und Lastenbeihilfen können über den Ablauf der Überführungsperiode hinaus bestehenbleiben.

Das soziale Mietrecht, das jedem Bürger das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung sichert, bleibt ständiges Recht.

KURZ - ABER WICHTIG

Mehr als 36 000 Aufträge im Wert von über 11,14 Milliarden DM hat das Bundesverteidigungsministerium vom Oktober 1955 bis zum ersten September 1959 zentral vergeben. Davon flossen rund 41 v.H. ins Ausland.

Ein Rekordjahr im Autobahnbau wird das Rechnungsjahr 1959 (1. April 1959 bis 31. März 1960). Es werden zusätzlich zu den 310 Millionen DM aus dem Wirtschaftsjahr 1959 noch 90 Millionen DM Überhang aus dem Vorjahr und 25 Millionen DM im Vorgriff auf das nächste Rechnungsjahr für Bau und Planung ausgegeben werden. Das Autobahnnetz soll bis Ende 1962 auf 3125 Kilometer erweitert werden. Ende dieses Jahres sollen 2617 Kilometer in Betrieb sein.

Bis Anfang Dezember 1959 sind etwa 25 000 italienische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik eingereist. Anfang Januar wird die Anwerbung, die auf etwa 40 000 Italiener für 1960 abzielt, von der deutschen Kommission in Verona wieder aufgenommen.

Herbert Wehners Riegeltheorie

Analyse des SPD-Grundsatzprogramms von Bad Godesberg

Im Mittelpunkt der kritischen Betrachtung des neuen SPD-Grundsatzprogrammes, das auf einem außerordentlichen Parteitag in Godesberg beschlossen wurde, muß die Frage stehen, ob die SPD eine wirkliche Abkehr von ihren bisherigen Theorien vollzogen hat oder ob das neue Programm sich mehr oder weniger nur in Formulierungen von den bisherigen Grundsätzen unterscheidet.

In einer Analyse, die Dr. Anton Böhm auf einer internen Arbeitstagung vornahm, wird diese Frage kritisch untersucht. „Union in Deutschland“ bringt aus den Ausführungen von Dr. Böhm die Abschnitte, die das Verhältnis der SPD zur Demokratie, zu den Kirchen und zur Erziehung untersuchen.

„In Godesberg hat H. Wehner erklärt, er würde sich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Unser Programm enthält keinen solchen Riegel.“

Es ist durchaus berechtigt, diese Riegel-Regel als Interpretationsprinzip auf das Programm anzuwenden. Wir haben also zu fragen: Wo fehlen die Riegel? Welche Türen bleiben offen? In Wehners Sinn natürlich: solche, die zu linken Wegen führen?

Demokratie = Sozialismus?

Selbst das Bekenntnis zur Demokratie ist kein solcher Riegel. „Wir streiten für die Demokratie“, liest man da, und weiter: „Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.“ Aber: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“ Das ist schonender ausgedrückt als das Propagandaverschen des weiland Austromarxismus „Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel“ — aber es besagt nicht viel anderes. Denn daß die Demokratie erst durch den Sozialismus erfüllt werde, das heißt doch, daß sie ohne ihn unvollständig, also fragmentarisch, somit noch gar keine richtige Demokratie sei. „In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft“, so geht es weiter, „sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet.“ Die vom „Gewinn und Machtstreben bestimmte Wirtschaft und Gesellschaft“ ist im Programm das Codewort für die Marktwirtschaft; eine politische Ordnung, die mit einem solchen System verbunden ist, kann nach dem zitierten Satz auf keinen Fall als wirkliche Demokratie anerkannt werden; denn sie verdeckt nur deren Gefährdung, so parlamentarisch auch alles vor sich gehen möge. Und was sich demokratisch nennt, aber nicht sozialistisch ist, kann nur Irrtum oder objektive Lüge sein. Mit anderen Worten: Demokratie ist nur der Sozialismus. Was nicht sozialistisch ist, das ist auch nicht demokratisch. Demokratisierung ist Sozialisierung und umgekehrt.

Die Bejahung des Grundgesetzes im Programm kann in diesem Rahmen nur instrumentale Bedeutung haben; es liefert die Arbeitsgrundlage, nicht mehr. Das demokratische Bekenntnis der SPD leidet also an einem inneren Vorbehalt. Wenn man Wehners Riegel-Regel als Interpretationsgrundsatz anwendet, so kommt man leider zu dem Schluß: Dieses Programm verriegelt nicht die Möglichkeit, daß die Partei, unter entsprechender Führung, auch einmal außerparlamentarische Mittel, also Gewalt anwendet, um ihre „neue Wirtschafts- und Sozialordnung“, den Sozialismus, herzustellen — nach ihrem Selbstverständnis durchaus im Dienst der Demokratie, weil diese mit dem Sozialismus in der letzten Entwicklungsstufe identisch ist.

In Nachbarschaft zum Kommunismus

Es wäre gewiß unfair, wenn man die subjektive Aufrichtigkeit des Verdammungsurteils gegen den Kommunismus, das im Grundsatzprogramm wiederholt zum Ausdruck gebracht wird, bezweifeln wollte. (Von der linksextremistischen Minderheit kann man hier einmal absehen.) Aber es ist nicht zu leugnen, daß

vor allem das dialektische Verhältnis zur Demokratie den Sozialismus staatspolitisch dennoch in die ideologische Nachbarschaft des Kommunismus bringt. Das ist eben eine Mitgift des gemeinsamen Ursprungs, kaum loszuwerden; um so weniger, als es schwierig ist, die wirklichen Endziele des Sozialismus von den vielleicht nur vorgegebenen des Sowjetismus zu unterscheiden, bei allem Gegensatz der Methoden und der Vorstellungen von den Zwischentritten und Vorstufen. Noch dazu übernimmt auch dieses Grundsatzprogramm wieder eine Hauptkategorie des Urmarxismus und des historischen Materialismus: die Zweiklassenlehre. „Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen... das war und“ — ausdrücklich! ... „ist der Sinn des Sozialismus“, heißt es im Schlußteil, und die „gesellschaftlichen Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgebaut haben, versagen“ vor den Aufgaben des Humanismus im Zeitalter der „Technisierung aller Lebensbereiche“. Diese Thesen lassen sich kaum von der sowjetischen Lehre der historisch notwendigen und daher unaufhaltsamen Ablösung der herrschenden Klasse absetzen.

Von hier aus muß man das seltsame Wunschdenken des demokratischen Sozialismus in bezug auf die sogenannten Wandlungen im Ostblock verstehen. Es steckt da objektiv etwas von enttäuschter und verdrängter, aber dennoch fortwirkender Sippen-Sympathie darin; man möchte nicht wahrhaben, daß der entartete Ableger des Sozialismus bei seinen Verirrungen verbleibt, und will um jeden Preis an seine nahe Bekehrung glauben. Daher die bekannte Blindheit für die Drohung des militanten Kommunismus und die unablässigen Prophezeiungen seiner kommenden Läuterung.

SPD und Kirche

Der Mensch des sozialistischen Humanismus, wie er im Grundsatzprogramm erscheint, ist in der Tat keine Kollektiveinwesen, kein numerierter Roboter. Er hat Freiheit, Würde, Selbstverantwortung, Schöpferkraft, kurz, Personalität, die sich entfalten will und einen unabdingbaren Anspruch darauf hat. Ausdrücklich ist vermerkt, daß diese Wesenszüge des Menschen dem Staat vorgegeben sind, also normierenden Charakter haben, so daß es eine Gerechtigkeit gibt, an die das staatliche Gesetzesrecht sich zu halten, die es herzustellen hat.

Aber es ist nirgends gesagt, oder auch nur angedeutet, woher dem Menschen dies alles, sein Wesen und seine Bestimmung, zukommt. Das Programm entzieht sich dieser Aussage, mit der Wendung, der demokratische Sozialismus wolle „keine letzten Wahrheiten verkünden“. Der Name Gottes wird also nicht angerufen, und nirgends findet sich ein Hinweis auf eine höhere Wirklichkeit, in der Würde und Beruf des Menschen begründet wären. Es ist also dem Glauben kein Riegel vorgeschoben, daß der Mensch das, was er ist, ganz allein aus sich, und durch sich selber sei. Seine Hoheit und Unantastbarkeit wären dann Eigenbesitz, der von nirgendwo anders stammt, und nicht etwa dadurch gegeben, daß der Mensch von Gott nach seinem Bild geschaffen ist. Ja es muß die-

sen, den autonomistischen Irrtum über das Wesen des Menschen geradezu nahelegen, wenn auch nur an einer Rede-weise, als ob der Mensch alles aus sich selbst sei, konsequent festgehalten wird.

Verräterische Formulierungen

Im Schlußkapitel des Grundsatzprogramms heißt es: „Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut, der eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung schaffen will, in Gemeinschaft mit allen, die guten Willens sind.“ Es ist zumindest eine sonderbare Selbsttäuschung, wenn eine Partei, die einen solchen Satz in ihr Programm aufnimmt, an anderer Stelle des gleichen Dokuments behauptet, ihr Sozialismus sei kein Religionsersatz. Wenn Bekundungen, wie die zitierte, ernst genommen werden, und das sollen sie wohl — was dann sonst? Die Diktion ist unverkennbar plagiatistisch — und pseudo-religiös, „die guten Willens sind“, werden aufgerufen; die „Hoffnung der Welt“ ist dem Wortschatz der antiken Soteriologie, der heidnischen Adventserwartung entnommen. Hoffnung der Welt — welche Partei sonst, die nur politisch sein will, würde es wagen, sich

Fortsetzung Seite 6

Herbert Wehners Riegeltheorie

Fortsetzung von Seite 5

selber, denn darauf läuft es hinaus, so zu bezeichnen? Die Verfasser haben offenbar gar nicht gespürt, daß diese verräterischen Formulierungen den Christen als Blasphemie erscheinen müssen, denn für sie gibt es nur eine, ganz andere „Hoffnung der Welt“.

Wer also nach wie vor im Sozialismus die Ablösung der alten Religionen sehen will, dem ist durch das zwiespältige Programm kein Riegel vorgeschoben. Eher könnte man sagen, daß es eine aggressive Anti-Kirchenpolitik verhindert. Die SPD achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz. Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit.

Partei als Partner?

Hier liegt vor allem eine fundamentale Verkenntung des Wesens und Berufs der christlichen Kirche beider Bekenntnisse vor. Sie kann nicht — der Limburger Weihbischof Walther Kampe hat darauf in sehr verdienstvoller Weise aufmerksam gemacht — Partner von Parteien sein. Die von Christus gestiftete Kirche kann, vermöge seiner ebenfalls ursprünglichen Eigenständigkeit, nur den Staat als Partner, Vertragspartner, auf jenen Gebieten anerkennen, wo kirchliche und weltliche Anliegen sich begegnen und miteinander in Einklang gebracht werden müssen — nicht aber so vergängliche Einrichtungen wie die Parteien.

Schule und Elternrecht

Der Staat erscheint auch als der einzige Schulträger — ohne daß das als These ausdrücklich ausgesprochen würde. Aber das Programm setzt diesen Zustand unverkennbar als selbstverständlich voraus; daß es noch andere Schulträger geben könne, die Kirche oder Gruppen der freien Gesellschaft, bleibt unerwähnt; mit keinem Wort wird etwa die Förderungswürdigkeit solcher freien Einrichtungen auch nur angedeutet. Dazu paßt es, daß statt des Elternrechts oder der elterlichen Mitbestimmung lediglich eine vage „Mitwirkung der Eltern in der Schulerziehung“ im Programm Platz gefunden hat, und sie wird noch dazu in einem Atem mit einer „Mitverwaltung der Schüler“ genannt: Deutlicher als durch diese Gleichwertung könnte nicht bezeugt werden, daß ein dem Staat vorgegebener Anspruch der Eltern auf Entscheidungsgewalt in der Erziehung ihrer Kinder nicht anerkannt wird. Die strenge Einheitlichkeit eines geschlossenen und ausschließlichen Staatsschulsystems soll auch nicht durch die Bekenntnisschule gestört werden; sie wird abgelehnt durch einen positiv formulierten negativen Satz: „Die Jugend ist in den Schulen und Hochschulen gemeinsam im Geiste gegenseitiger Achtung . . . zu erziehen.“ Der Kirche wird somit kein Wirkraum im Schulwesen eingeräumt.

Ohne Zweifel auch einschränkend und nicht nur hervorhebend gemeint ist die Wendung vom „besonderen Auftrag“ der Kirche. Ein Antrag des Parteivorstandes sah vor, statt dessen „Auftrag der Verkündigung“ zu sagen. Er wurde wieder zurückgezogen. Aber es wurde kein Zweifel daran gelassen, daß der angenommene Text so zu interpretieren sei. Wo bleibt da die Bejahung des Auftrags der Kirche zu Erziehungs-, Bildungs-, Kultur-, Sozialarbeit? Nichts davon ist angeführt. Dafür ist in einem und demselben Satz festgehalten, daß die Freiheit der Verkündigung und die Freiheit des Denkens zu sichern seien — und das kann in solchem Zusammenhang nur bedeuten: notfalls ist die Freiheit des Denkens gegen die Kirche zu sichern. Wann der Notfall eintritt, kann natürlich im Geist dieses Programms nur der Staat allein bestimmen — und genau dasselbe gilt für die Kompetenz in der Entscheidung, ob die Kirche ihren „besonderen Auftrag“ überschreitet, nach dem Programmsatz: „Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.“ Wenn wir uns daran erinnern, daß für die SPD demokratisch und sozialistisch Wechselbegriffe sind, kann man voraussehen, was alles für eine sozialistische Regierung Kanzelmißbrauch wäre. Wehner hat recht — die Riegel fehlen also doch auch in diesem Kapitel. Es enthält keinen Satz, der es unmöglich machte, das kirchliche Wort zu religiös oder moralisch relevanten Fragen von öffentlicher Bedeutung zu unterbinden — falls es unbequem wird.

Was sind nun die Bildungsgüter und Bildungsziele? Das Programm nennt an verschiedenen Stellen vielerlei: Freiheit, Selbständigkeit, soziale Verantwortung, Verstehen, Toleranz, Hilfsbereitschaft, staatsbürgerliches und demokratisches Bewußtsein, Vertrautheit mit den formenden Kräften des gesellschaftlichen Lebens, Kenntnis und Aneignung der überlieferten kulturellen Werte, Solidarität, körperliche Gesundheit. Nur eins fehlt: von der religiösen Erziehung ist mit keinem Wort die Rede. Die Bildung, die das SPD-Programm im Auge hat, ist total säkularisiert. Die religiöse Unterweisung soll offenbar allein der Kirche und den anerkannten Religionsgemeinschaften überlassen bleiben; das Staatsschulsystem hat zur Toleranz zu erziehen — und das kann nur eine Toleranz der Relativierung und der Skepsis sein. Nach wie vor bleibt Religion Privatsache.

Soziologismus im Mittelpunkt

Zum Ersatz gleichsam für die nichtvorhandene, ignorierte, ins Unverbindliche abgeschobene religiöse Erziehung wird etwas anderes angeboten, etwas wie eine neue Grundwissenschaft: die Soziologie und Staatskunde. Sie soll in allen Schulen vorrangiger Bildungstoff

sein und sie soll bezeichnenderweise als Studium Generale dienen: „Allen Studierenden soll eine politische und sozialwissenschaftliche Grundbildung vermittelt werden“, und gleich im nächsten Absatz wird „Ausbau und Vertiefung der Wissenschaft vom Menschen und der Gesellschaft“ verlangt. Das ist die Proklamierung des Vorrangs der Sozialwissenschaften vor Methaphysik und Geschichte, ein entschlossener Soziologismus oder Sozialpositivismus. Hier dringt durch, daß die Gesellschaft auch für den demokratischen Sozialismus noch immer das Absolutum ist, und deshalb sind auch seine Bildungsvorstellungen rein gesellschaftsbezogen, ohne Hinblick auf die — gleichviel, ausgeklammerten oder gelehnten — letzten Wahrheiten; und die Gesellschaft erscheint wieder mit Selbstverständlichkeit als Produktionsgesellschaft, die erlösenden Wohlstand auszustoßen hat. Hier ist ein starker Bestand von historischem Materialismus erhalten, nach dem Satz: „Es ist das gesellschaftliche Sein, welches das Bewußtsein bestimmt.“

Wendung zur Nation?

Carlo Schmid hat in einer Wochenzeitung geschrieben, das neue SPD-Programm bezeichne die Wendung zur Nation. Nun, im Wortlaut des Dokuments findet diese Interpretation keine Stütze. In den beiden Kapiteln gehobener Grundsätzlichkeit, Präambel und Schlußwort, hat die Nation den Stellenwert Null; Deutschland ist nur ein organisatorischer Sonderfall des Welt-Sozialismus — um so schlimmer, daß dieser gar nicht mehr recht existiert. Die Hauptkategorien sind Mensch, Menschheit, Arbeiterschaft, und einige Abstrakta; die geschichtliche Entwicklung ist auf den Aufstieg des Sozialismus reduziert, und die Arbeiterschaft, früher Proletariat genannt, tritt in der messianischen Rolle des Menschheitserlösers von Unrecht, Unterdrückung und Not auf. Diese Geschichts-Pseudotheologie ist in Verlegenheit, der Nation einen Platz anzuweisen. Sie verschuldet das typisch unkonkrete, geschichtslose Betrachten, das auch diesem Programm eigen ist.

Die Freiheit auf der Rutschbahn

Ob es eine Wandlung des Sozialismus bedeutet, über das Taktische und Verbale hinaus? Es ist heute noch zu früh, diese Frage zu beantworten. Über die hier als Interpretationsgrundsatz benutzte These Wehners, das neue Programm schiebe keinen Riegel vor, wird man nicht viel hinauskommen. Gewiß, es schiebt auch einem gemäßigten, liberalisierten Sozialismus, wenn er zur Regierung käme, keinen Riegel vor. Aber das ist, wie die Dinge stehen, politisch uninteressant. Daß die Riegel nach links fehlen, das zählt. Indes, auch wenn man das Freiheitspathos des Programms nicht bloß propagandistisch, sondern sachlich ernst nimmt, muß man sagen: Die Freiheit hat dieses Programm zwar entdeckt — aber es setzt sie nicht in den Sattel, sondern auf die Rutschbahn. Auf die Rutschbahn von Maßnahmen nämlich, die Freiheit erzwingen sollen und dabei unvermeidlich die Freiheit, mag sein vor lauter Liebe, ersticken. Freiheit durch Dirigismus ist nicht möglich. Die Endstation heißt Großer Plan, und wo der regiert, ist die Freiheit ein frommer Wunsch, nicht mehr.“

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Nicht zu „erheiraten“

Wie eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts festgestellt hat, will die Familienzusammenführung die Festigung bereits vor der Vertreibung bestehender Ehen erleichtern, nicht aber durch Beseitigung der Stichtagvoraussetzungen spätere Eheschließungen ermöglichen oder erleichtern. Eine Familienzusammenführung ist daher nicht möglich, wenn, wie es bei einer Klägerin der Fall war, die im Januar 1945 aus Niederschlesien vertrieben wurde, vor dem Stichtage nur ein Verlöbnis bestanden hat. Keineswegs hat der Gesetzgeber zulassen wollen, daß die Familienzusammenführung „erartet“ werden kann.

Kollektivierung in Polen

Nachdem seit 1956 die Kollektivierungsabsichten der kommunistischen Regierung abgestritten oder verharmlost wurden, hat der Parteichef Gomulka jetzt auf einem Kongreß der polnischen Bauernpartei in Warschau eine unmißverständliche Sprache geführt. Er erklärte, daß „wir nicht würdig wären, am Steuer zu stehen, wenn wir die heutigen Formen der Landwirtschaft (also die Privatwirtschaft) stabilisieren wollten“. Gomulka kündigte bereits für das kommende Frühjahr einen verstärkten Zusammenschluß bäuerlicher Einzelwirtschaften zu Landwirtschaftszirkeln mit kollektivem Maschinenpark an.

Strom der Umsiedler nahm ab

Der Haushalt des Bundesvertriebenenministers

Um rund 5 Millionen DM niedriger als der Haushaltsplan des vergangenen Jahres sind die diesjährigen Anforderungen des Bundesvertriebenenministeriums, obwohl im Haushaltsplan 1960 zum ersten Male auch der Etat des Bundesausgleichsamtes enthalten ist.

Die Einsparungen ergeben sich vor allem daraus, daß weit weniger Mittel für die Begrüßungsgaben an Heimkehrer und Umsiedler benötigt werden. Nach Einstellung der Sammelumsiedlungen aus den deutschen Ostgebieten und aus Polen ist der Zustrom der Umsiedler erheblich schwächer geworden.

Insgesamt werden das Bundesvertriebenenministerium, das ihm unterstellte Notaufnahmeverfahren und das Bundesausgleichsamt rund 115,5 Millionen DM benötigen. Das Ministerium soll davon über 106,6 Millionen, das Notaufnahmeverfahren über 6 Millionen und das Bundesausgleichsamt über 2,8 Millionen DM verfügen. Die Personalausgaben des Ministeriums erreichen die Höhe von 3,5 Millionen, die des Notaufnahmeverfahrens 4,6 Millionen und des Bundesaus-

gleichsamtes 2,5 Millionen DM. Insgesamt verfügt die Flüchtlingsverwaltung des Bundes über 179 Beamte und 635 Angestellte.

Von den Betreuungsaufgaben des Ministeriums entfallen 27 Millionen DM auf Entschädigungen an ehemalige Kriegsgefangene, 7 Millionen DM für ehemalige politische Häftlinge, 8 Millionen DM für Unterstützungen von Deutschen in ausländischem Gewahrsam, 9 Millionen DM für Suchdienstaufgaben, 7,5 Millionen für Hausratbeschaffung ehemaliger Kriegsgefangener, 2,5 Millionen zur Unterstützung von Heimkehrern, 2 Millionen für internationale Suchdienstaufgaben, 1,8 Millionen DM für die Gesamterhebung und weitere Millionen für andere Betreuungsaufgaben.

Höchstbeträge werden erhöht

Auszahlung von Hauptentschädigung erleichtert

Der Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt hat auf seiner Sitzung am 7. Dezember eine weittragende Änderung der Weisung zur Auszahlung von Hauptentschädigung beschlossen. Ziel der Änderung ist es, materielle Beschränkungen, die insbesondere der Auszahlung von Hauptentschädigung für eigentumsbildende und andere Maßnahmen entgegenstanden, zu beseitigen und die Abwicklung der Auszahlung und der Anträge zu beschleunigen.

Er kam damit seit langem erhobenen Forderungen der CDU/CSU auf Beschleunigung und Erleichterung der Auszahlungsmaßnahmen insbesondere auch für eigentumsbildende Tatbestände entgegen.

Im einzelnen sieht die Weisung vor, daß die Auszahlung von Hauptentschädigung wegen mehrerer Lebenstatbestände nebeneinander möglich ist. Es kann daher Hauptentschädigung beispielsweise für den Bau einer Wohnung aber auch für den Abschluß eines Bausparvertrages ausgezahlt werden. Es kann Hauptentschädigung wegen Alters aber gleichzeitig auch zum Erwerb einer Eigentumswohnung und ähnliches mehr ausgezahlt werden. Wichtig ist die Bestimmung, daß Hauptentschädigung auch zur Aufstockung eines bereits gewährten und ausgezahlten Aufbaudarlehens überwiesen werden kann, wenn die übrigen Voraussetzungen, die die Weisung vorsieht, erfüllt sind.

Hilfe für Familienheime

Die Höchstbeträge der Auszahlung wurden in den meisten Fällen erheblich angehoben. So kann wegen eines dringenden Notstandes nicht wie bisher bis zu 2000 DM Hauptentschädigung ausgezahlt werden, sondern bis zu 5000 DM. Es versteht sich natürlich von selbst, daß dies immer nur dann möglich ist, wenn

die Hauptentschädigungsansprüche des Antragstellers diese Höhe erreichen.

Bedeutende Verbesserungen traten bei der Auszahlung von Hauptentschädigung für den Wohnungsbau und beim Erwerb von Wohngrundstücken ein. In beiden Fällen kann bis zu 20 000 DM Hauptentschädigung an Geschädigte, deren Ehegatten und Abkömmlinge gezahlt werden, ohne daß zu prüfen ist, ob die Mittel anderweitig beschafft werden könnten. Für den Wohnungsbau kann darüber hinaus bis zu 50 000 DM ausgezahlt werden, sofern die Inanspruchnahme anderer Mittel in dieser Größenordnung nicht vertretbar oder nicht möglich ist.

Auf diesem Wege können auch Personen, die in einem Kaufeigenheim wohnen, Kaufanwärter sind und die Restfinanzierung noch nicht bezahlen konnten, dies auf dem Wege über die Hauptentschädigung tun, wenn sie diese nach Abrechnung eines etwa gewährten Aufbaudarlehens in der notwendigen Höhe noch zu fordern haben. Ebenso können beim Familienheimbau die nötigen Eigenkapitalien, die neben der Forderung durch öffentliche Mittel notwendig sind, durch Hauptentschädigung aufgebracht werden. Für den Erwerb von Kaufeigenheimen werden somit die Vertriebenen und Geschädigten interessante Partner.

Aber auch zur Linderung übermäßiger Lasten auf einem bereits im Besitz eines Geschädigten befindlichen Familienheims kann man zur Aufstockung eines Bausparvertrages, der ja auch bekanntlich zur Entschuldung eines Hauses verwendet werden kann, Hauptentschädigung bis zu 3600 DM (bisher 2400 DM) in 3 Jahresraten von je 1200 DM sich auszahlen lassen. Das bedeutet, daß solche Antragsteller zu den 1200 DM noch die volle Prämie aus dem Wohnungsbauprämien-sparen erhalten können.

Für die Auszahlung von Hauptentschädigung auf Bausparverträge ist nur noch eine eigene Sparleistung von 15 v. H. bis zur Antragstellung und eine Laufzeit des Bausparvertrages von 12 Monaten erforderlich. Auch bei Auszahlung von Hauptentschädigung zur Festigung gewerblicher oder landwirtschaftlicher Betriebe wird der Höchstbetrag von 12 000 auf 20 000 DM angehoben.

D. H. Czaja, MdB

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postscheckkonto Köln 365 31. Commerzbank-Bankverein, Bonn, Nr. 7487 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

„Weihnachtszuwendung“

Nicht mehr als 35 Mark in der Zone - Extraarbeit in der Zone

Zwischen dem 4. und 11. Dezember wurde in der Zone die sogenannte „Weihnachtszuwendung“ gezahlt. Sie darf wie im letzten Jahr 35 DM Ost nicht überschreiten. Arbeitnehmer, die mehr als 500 DM Ost im Monat verdienen, bekommen nichts.

Die Sätze, die in „volkseigenen“ Betrieben gezahlt werden und von den wenigen noch bestehenden Privatbetrieben nicht überboten werden dürfen: 35 DM-Ost für Verheiratete, 25 DM-Ost für Ledige und 10 DM-Ost für Lehrlinge. Gemessen daran, daß ein halbes Pfund Kaffee der besseren Qualität 20 DM-Ost, der schlechten 15 DM-Ost kostet, daß eine Tafel Schokolade zwischen 2 und 6 DM-Ost erfordert und ein gutes Paar Schuhe nicht unter 70 DM-Ost zu bekommen ist, erkennt man, wie bitter wenig diese „Weihnachtszuwendung“ ist.

Dabei erweist sich Ulbricht seit einigen Jahren durchaus „einsichtig“: es ist noch nicht lange her, da lehnte die SED jede Idee eines Weihnachtsgeldes glatt ab und erklärte, Weihnachtsgratifikationen gebe es nur im Kapitalismus — im Sozialismus sei der Arbeiter viel zu stolz, solche Geschenke entgegen zu nehmen. Aber dann mußten die Machthaber der SED wohl dem Druck der unzufriedenen Bevölkerung nachgeben, die es bei tragbarer Stimmung zu halten gilt . . .

Der Vergleich zum Westen fällt für Mitteldeutschland trostlos aus. Gerade mußte der Finanzausschuß des Bundestages wieder einmal die Anträge ablehnen, die steuerliche Freigrenze für Weihnachtsgratifikationen zu erhöhen. Bis jetzt sind 100 DM steuerfrei; der Deutsche Gewerkschaftsbund beantragte

die Heraufsetzung auf 300 DM. Es ist kaum anzunehmen, daß dieser Antrag gestellt worden wäre, wenn nicht solche Gratifikationen gezahlt würden. Eine Untersuchung hat ergeben, daß jetzt zwei Drittel aller Unternehmungen der Bundesrepublik Weihnachtsgratifikationen geben. Der Finanzausschuß aber mußte eine höhere Freigrenze verweigern. Denn schon die steuerfreien 100 DM bedeuten einen jährlichen Steuerausfall von 175 Millionen DM. Eine Erhöhung auf 200 DM hätte ihn auf 425 Millionen DM gesteigert. Das ist nicht zu verschmerzen.

In der Zone aber zeigt man sich nicht nur in Fragen der billigen Weihnachtsgratifikation kleinlich: es wurde festgelegt, daß die freien Nachmittage des Heiligen Abend und des Silvestertages sowie der möglicherweise freie 2. Januar, der auf einen Sonnabend fällt, vorausoder nachgearbeitet werden müssen. Nur dann darf an diesen Tagen die Arbeit ausfallen, wenn es keinerlei Schaden für die Planerfüllung bringt. Das Nacharbeiten oder die Vorausleistung der verlorengehenden Stunden muß an Sonn- und Feiertagen erfolgen, nicht an Wochentagen mit zusätzlicher Arbeit, weil das die Kräfte der „Werk tätigen“ übersteigen, also die Leistung mindern und mithin der Planerfüllung schaden würde. Für die zusätzliche Arbeit an Sonn- und Feiertagen werden keinerlei Überstunden- und Sonntagszuschläge gezahlt.

Mitgehört - Mitgelesen

Die „Kölnische Rundschau“ schrieb am 12. Dezember:

„Der von edler Genügsamkeit geprägte Monopolfernseher, der sich alle 14 Tage an Kurt Wessels Diskussionsmühevaltung ‚Unter uns gesagt‘ mit Massen zu erbauen pflegt, traf in dieser Woche einen charmannten Bekannten auf dem Bildschirm wieder. Es war Helmut Lindemann, der schon vor gar nicht langer Weile Kurt Wessels Tischgespräche angereichert und dabei forsch nach Adenauers Rücktritt gerufen hatte. Nun, warum sollte er auch nicht rufen? Aber, und das stimmt mies, Herr Lindemann

vergaß sich genau vorzustellen. Er ließ es nämlich bescheiden beim unabhängigen Journalisten einer Tageszeitung bewenden, statt der Vollständigkeit halber kundzutun, daß er auch als Starkommentator beim SPD-Wochenblatt ‚Vorwärts‘ wirksam sei. Dies wäre vielleicht doch dem allgemeinen Verständnis dienlich gewesen. War es Herrn Lindemann nicht genehm, vor breiter Öffentlichkeit zu Ollenhauers und Wehners Leibblatt in irgendeine Beziehung gerückt zu werden? Oder aber hielten es die Fernseh-Taktiker im Sinne ihrer Unabhängigkeit für zweckgerechter, hier ein bißchen Versteck zu spielen? Indes: Gut ist Taktik eigentlich nur, wenn man's nicht merkt . . .“

Zur CDU übergetreten

Der Bürgermeister von Winsen/Niedersachsen, Dr. Broistedt, früher Landtagsabgeordneter der Deutschen Partei, ist von der Deutschen Partei zur CDU übergetreten. Er hat sich der CDU-Kreistagsfraktion angeschlossen.

In Füssen/Bayern ist Stadtrat Anton Schubert aus der Fraktion des GB/BHE ausgetreten und hat sich der CSU-Fraktion angeschlossen. Schubert erklärte, er sei zu der Erkenntnis gekommen, daß er sich am besten durch Anlehnung an die Christlich-Soziale Union für die Belange der Heimatvertriebenen einsetzen könne.

Gespräche mit der SPD

Die SPD legt in jüngster Zeit besonderen Nachdruck darauf, gegenüber den Jugendverbänden und gegenüber Hochschule und Wissenschaft ihre verständnisvolle Haltung zu demonstrieren. So hat sie Anfang Dezember die Vertreter aller Verbände des Bundesjugendringes, die Beobachter zu den kommunistischen Weltjugendfestspielen nach Wien gesandt hatten, zu einem „unverbindlichen informativen Gespräch“ eingeladen. An der vierstündigen Aussprache nahmen von seiten des SPD-Vorstandes Waldemar von Knoeringen, Herbert Wehner, Fritz Erler und Frau Schanzenbach teil. Das Ergebnis ließ erkennen, daß alle Jugend- und Studentenverbände außer der Jungen Union und dem Ring Christlich Demokratischer Studenten künftige kommunistische Festspiele dieser Art besuchen wollen.

Anfang Dezember veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion eine Aussprache über die Lage der deutschen Hochschulen. Bei dieser Sitzung berichteten der Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Dr. Jahrreis, der Präsident der Hochschulverbände Prof. Dr. Feldtr, der Vorsitzende des Deutschen Studentenwerkes, Prof. Hallermann, und der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Lennings.

*

Auf Einladung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, trafen Anfang Dezember Vertreter der CDU/CSU-Fraktion und der wissenschaftlichen Vereine der Bundesrepublik zu einer Aussprache über Fragen der Wissenschaft und Kulturpolitik zusammen.

Kreisky gegen atomfreie Zone

Der sozialistische österreichische Außenminister Dr. Kreisky hat mit einer Deutlichkeit, die der deutschen SPD nur unbehaglich sein kann, alle Pläne für eine Abrüstung in einer begrenzten europäischen Zone als wertlos bezeichnet. Vor der Auslandspresse in Wien sagte er am 11. Dezember unter Bezugnahme auf den Plan einer raketenfreien Balkanzone, bei dem heutigen Stand der Waffentechnik sei eine raketenfreie Zone keine sehr wesentliche Maßnahme. „Es komme auf ein weltweites Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion in dieser Frage an. Er glaube nicht an den Wert von Detaillösungen.“

Aus Ulbrichts Reich

SPEISEKARTE. Als der Rektor der Universität Greifswald, Prof. Wehrli, kürzlich österreichische Wissenschaftler in der HO-Gaststätte zu Tisch führen wollte, verlangte er die Speisekarte. Hernach beschwerte er sich in der Öffentlichkeit: „Es war eigentlich nicht nötig, denn was es zu essen gab, war auf dem Tischtuch in wundervoller Plastikmalerei abzulesen. Tomatensuppe mit Reis konnte man noch bekommen.“

UBUNG. Durch „Fünf Minuten Sport am Ort“ wurde die letzte Sitzung der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung unterbrochen. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ nannte das eine „erfrischende Note“, durch welche die „angespannte Sitzungsatmosphäre aufgelockert“ sei.

Flucht in die Freiheit

In der Woche vom 5. Dezember bis 11. Dezember sind 2100 Menschen aus der Sowjetzone (in der Vorwoche 2400) in die Bundesrepublik geflohen. Davon waren 352 (426) Alleinstehende bis zu 24 Jahren.